

1. Einleitung

1.1 Problemstellung

Als Sahra Wagenknecht am 18. Oktober 2023 die Gründung einer neuen und den Austritt aus ihrer bisherigen Partei aufgrund tiefgreifender innerparteilicher Konflikte ankündigte¹, besiegelte sie eine Zäsur innerhalb der Parteigeschichte der LINKEN. Obgleich die langfristigen Auswirkungen einer Wagenknecht-Partei für das gesamtdeutsche Parteiensystem bisher nicht final abgeschätzt werden können, so markierte der Bruch der ehemals prominentesten LINKEN-Vertreterin mit ihrer alten Partei zunächst den vorläufigen Höhepunkt inhaltlicher Spannungen innerhalb einer politischen Kraft, die sich zu Beginn der 2020er Jahre im Alarmzustand befand: Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Krisen durch die Corona-Pandemie ab 2020 und den russischen Überfall auf die Ukraine – der nicht zuletzt in Energiekrise, wirtschaftlicher Unsicherheit und massiven Fluchtbewegungen nach Deutschland ab 2022 mündete – gelang es der Oppositionspartei zunächst nicht, politische Erfolge zu verbuchen. Stattdessen kehrten im Schatten von elektoralen Misserfolgen – bei der Bundestagswahl 2021 erreichte DIE LINKE nur 4,9 Prozent der Stimmen und zog lediglich über die Grundmandatsklausel durch drei Direktmandate wieder in den Bundestag ein – auch zahlreiche Mitglieder der Partei den Rücken.

Die Fragestellung der vorliegenden Studie setzt sich in diesem Zusammenhang empirisch mit den Mitgliedern der Partei DIE LINKE auseinander. Im Fokus stehen die Neueintritte der ausgehenden 2010er Jahre, d.h. Menschen, die unmittelbar vor den o.g. Krisenereignissen in einer Phase mit vergleichsweise hoher elektoraler Stabilität und innerparteilicher Konsolidierung lange nach Gründung der LINKEN im Jahr 2007 in die Partei eingetreten sind. Mit dem Ziel, ein umfassendes Bild über deren soziodemografische Struktur, Beitrittsgründe und politische Einstellungen zu erstellen, sollen Erkenntnisse darüber gewonnen werden, welche Personen sich aus welchen Beweggründen für eine Mitgliedschaft in der Partei entschieden haben. Die Datenerhebung erfolgte bereits Ende 2019 und zeichnet folglich die letzte empirische Momentaufnahme der geeinten

1 Vgl. Lehmann 2023.

LINKEN-Mitgliedschaft vor Pandemie, Krieg und Spaltung in den Krisenjahren 2020 bis 2024.

DIE LINKE betont in ihrem Selbstverständnis bzw. ihrer Identität immer wieder ihre Struktur als Mitgliederpartei.² Aufgrund ihrer ausgedehnten inhaltlichen Heterogenität besitzt sie zudem einen besonderen Charakter innerhalb des deutschen Parteiensystems. Seit ihren Anfängen als PDS nach der Wiedervereinigung ist die Partei von verschiedenen Konfliktlinien geprägt, die sich insbesondere etwa innerparteilich auf Unterschiede zwischen dem Anspruch der Volkspartei im Osten und der Interessenpartei im Westen zuspitzen.³ Darüber hinaus versteht sich DIE LINKE als Partei des demokratischen Sozialismus, über dessen Ausrichtungen und Inhalte ebenfalls bisher weitgehend ungelöste innerparteiliche Diskurse bestehen, die sich nicht zuletzt in der Existenz verschiedener, teilweise gegensätzlicher, Strömungen und Flügel mit unterschiedlichen Interessen widerspiegeln: Das Forum Demokratischer Sozialismus (fds), die Antikapitalistische Linke (AKL), die Emanzipatorische Linke (Ema.Li), Kommunistische Plattform (KPF) oder Sozialistische Linke (SL)⁴ sind nur einige Belege für die große Breite des programmatischen Spektrums der Partei, welches längst nicht nur auf die beiden Lager der regierungsbefürwortenden Reformer und der regierungsablehnenden Antikapitalisten reduziert werden kann. Das, was Wolfgang Leonard 1975 zur Zeit des Kalten Krieges noch als die »Dreisplaltung des Marxismus«⁵ bezeichnete, ist innerhalb der heutigen LINKEN zu einem weit komplexeren System, einem Sammelbecken für Linke unterschiedlichster Strömungen, gewachsen.

Die Parteimitgliedschaft in Deutschland – grundsätzlich betrachtet – kennzeichnet sich vor allem durch einen stetigen Rückgang der Mitgliederzahlen in fast allen Parteien. Waren 1990 noch 3,65 Prozent der beitragsberechtigten Bevölkerung Mitglieder einer Partei, so sank der relative Anteil etwa bis zum Jahr 2019 auf 1,72 Prozent.⁶ Als zentraler und verfassungsmäßig vorgesehener Teil der politischen Willensbildung in der repräsentativen bundesdeutschen Demokratie sind Parteien jedoch auf Mitglieder angewiesen, um ihre Funktionen innerhalb des politischen Systems optimal erfüllen zu können.⁷ Diese können durch niedrige Mitgliederzahlen negativ beeinträchtigt werden, da die Anhänger einer Partei letztlich ein wichtiges Bindeglied zwischen Gesellschaft und politischem System darstellen bzw. die Partei als »lebendige Verbindung zwischen Staatsvolk und politischen Eliten«⁸ auszeichnen. Zahllose Programmentwürfe der Parteien zum Thema Neumitgliedergewinnung⁹ und wissenschaftliche Publikationen mit dem Fokus

2 Vgl. Kahrs 2009, S. 269; Feiks 2017; DIE LINKE 2011a, S. 76f.

3 Vgl. Cysi 2012; Jesse 2008, S. 199ff.

4 Vgl. DIE LINKE 2020.

5 Leonard 1975.

6 Vgl. Niedermayer 2019, S. 8.

7 Vgl. Klein/Alemann/Spier 2011, S. 27.

8 Ebenda, S. 16.

9 Beispielhaft hierfür: die Kampagne »Partei ergreifen, Mitglied werden« von Bündnis 90/DIE GRÜNEN; die Kampagne »Farbe bekennen, Mitglied werden« der CDU; die Kampagne »Mobilitäts offensive« der SPD; das Projekt »LINKE 2020« der Partei DIE LINKE.

Mitgliederschwund¹⁰ unterstreichen die Wahrnehmung schrumpfender Mitgliederzahlen als Krisenphänomen der modernen Parteidemokratie. Eine breite Mitgliederbasis stellt neben dem angesprochenen gesellschaftlichen Linkage durchaus auch eine wichtige Quelle für Parteien dar: Einerseits generieren Mitgliedsbeiträge und Spenden eine Haupteinnahmequelle in den Finanzhaushalten aller Parteien, andererseits bildet die eigene Anhängerschaft den primären Pool zur Rekrutierung politischen Personals auf allen Ebenen. Ein generelles Interesse von Parteien an effektiven Methoden zur Neumitgliedergewinnung ist daher naheliegend.

Die vielfältigen Gründe für das schwindende Interesse an Parteimitgliedschaften wurden in der wissenschaftlichen Literatur ausführlich erläutert¹¹: Neben dem Wegfall sozialer Milieus und Klassen sowie der damit verbundenen Tendenz zu sozialer Mobilität wird vor allem die Entwicklung hin zu einer postmaterialistischen Lebensweise betont, in der individuelle Selbstverwirklichung und Freizeit einen höheren Stellenwert genießen. Auch die historische Rolle der Partei als Hauptlieferant politischer Informationen ist angesichts eines wachsenden Medienangebots und fortschrittlicher Kommunikationstechnologie mehr und mehr verdrängt worden. Insgesamt ist jedoch festzustellen: Die Parteimitgliedschaft kann und konnte zu keinem Zeitpunkt als Massenphänomen in der Bundesrepublik bezeichnet werden.¹² Zwar gelang es insbesondere CDU und SPD in den 1970er und 1980er ihre Mitgliederbasis stark zu erweitern, wodurch ein Höchststand von knapp unter zwei Millionen Mitgliedern in Deutschland erreicht wurde, im Vergleich zur Wahlbeteiligung stellte die Parteimitgliedschaft jedoch auch zu dieser Zeit keine gesellschaftlich weitverbreitete Teilnehmungsform in Deutschland dar. Aus diesem Grund ist es naheliegender, zu untersuchen, aus welchen Motiven sich Menschen heute für den Eintritt in eine Partei entscheiden, anstatt der Frage nachzugehen, warum es die Mehrheit nicht tut.¹³ Dabei ist es auch notwendig, die sozioökonomische Zusammensetzung der Mitglieder zu erfassen, um ein umfassendes Bild zu erhalten.

Neben den absoluten Beitrittszahlen und einigen grundlegenden Informationen über Regional-, Alters- und Geschlechtsverteilung, die der Mitgliederdatenbank der LINKEN entnommen werden können, ist bisher wenig über die Zusammensetzung der Parteimitglieder bekannt. Weiterführende soziodemografische Variablen, die etwa Auskunft über die formale Bildung, Konfessionszugehörigkeit oder den Erwerbsstatus geben, müssen im Rahmen statistischer Erhebungen ebenso erst ermittelt werden wie umfangreichere Daten zu Beitrittsgründen und den politischen Einstellungen der Mitglieder. Hierbei handelt es sich um ein parteiübergreifendes Phänomen, bei dem innerhalb des Beitrittsprozesses und den nachfolgenden Jahren der Mitgliedschaft nur die notwendigsten Daten zur Mitgliederverwaltung von den Parteien erfasst werden.¹⁴ Mitglieder zeichnen sich somit durch eine Vielzahl unbekannter Variablen aus, wodurch folglich auch systematische Zusammenhänge, etwa zwischen bestimmten sozialen

10 Beispielhaft hierfür Jesse 2006; Kleinert 2007; Mielke 2007; Schlönvoigt 2008; Burmester 2015; Kölln 2015.

11 Vgl. Wiesendahl 2006; Kleinert 2007; Niedermayer 2009; Bukow 2013; Kölln 2015.

12 Vgl. Wiesendahl 2006, S. 44.

13 Vgl. Laux 2011a, S. 61.

14 Vgl. Klein 2011a, S. 31.

Gruppen und Einstellungsmustern oder zwischen individuellen Beitrittsmotiven vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftspolitischer Ereignisse und Entwicklungen nicht untersucht werden können.

Wer sind also die Mitglieder der Partei DIE LINKE? Zur Beantwortung der übergeordneten Frage gliedert sich die Studie in drei Unterfragen, die sich in der Erhebung in verschiedene Komplexe unterteilen:

- Komplex I: Wie setzen sich die Mitglieder soziodemografisch zusammen?
- Komplex II: Was bewegt Menschen zum Beitritt in die Partei?
- Komplex III: Welche politischen Einstellungen vertreten die Mitglieder?

Jeder Komplex erschließt einen Teil zur Erstellung eines breit gefächerten Querschnitts der Mitgliederstruktur innerhalb der LINKEN. Sie beinhalten sowohl die separate Analyse ihrer jeweiligen Fragestellung, wobei die deskriptive Einzelerhebung und Auswertung statistischer Variablen den Schwerpunkt darstellen, als auch die Untersuchung von Zusammenhängen zwischen einzelnen Items und Fragenkomplexen, etwa ob Unterschiede zwischen ländlichen und urbanen Räumen hinsichtlich der Beitrittsmotive bestehen.

Neben dem wissenschaftlichen Interesse im Rahmen der Parteienforschung zeichnet sich die Fragestellung der Studie zudem neben der Datenerhebung und den daraus resultierenden Ergebnissen durch eine gesellschaftspolitische Dimension aus. Die Erstellung effizienter Konzepte zur Neumitgliedergewinnung und Stärkung der Parteibasen bedingt Informationen darüber, welche Personengruppen sich aus welchen Gründen für einen Eintritt entscheiden. Solche Informationen werden auch durch diese Studie generiert und können dabei helfen, neue Konzepte zu entwickeln und damit die Parteien als tragende Akteure im politischen System der Bundesrepublik zu stärken. Weiterführend können die Ergebnisse im gesellschaftspolitischen Diskurs dazu beitragen, ein besseres Verständnis für die Beweggründe, die zu einem Beitritt in DIE LINKE führen, zu erzeugen. Dabei ist besonders die Wirkung aktueller gesellschaftspolitischer Ereignisse als mögliche Katalysatoren oder Hemmnisse auf die Entscheidung für ein Engagement innerhalb der Partei bedeutsam, um moderne Wandlungsprozesse der politischen Linken besser verstehen und einordnen zu können. Nicht zuletzt können möglicherweise Rückschlüsse auf die zu Beginn erörterte Krisensituation der Partei in den letzten Jahren gezogen werden.

Um die erforderlichen Daten zur Bearbeitung der Problemstellung zu erfassen, wurde eine empirische Erhebung mittels standardisiertem Fragebogen durchgeführt. Die Befragungsgesamtheit wurde zunächst durch alle Neumitglieder definiert, die nach dem 31.12.2013 – d.h. in den Jahren 2014 bis 2019 – ihren Eintritt in die Partei erklärt haben und über eine gültige E-Mailadresse in der parteiinternen Mitgliederdatenbank verfügen. Diese Wahl gewährleistet einerseits die Vergleichbarkeit mit vorangegangenen Studien und ermöglicht andererseits Aussagen darüber, welche gesellschaftlichen Ereignisse der ausgehenden 2010er Jahre – und damit unmittelbar vor den Krisenergebnissen der eingehenden 2020er Jahre – Menschen dazu motiviert haben, der Partei DIE LINKE beizutreten. Weiterhin ermöglicht eine Erhebung unter den Beigetretenen im definierten Zeitraum Aussagen darüber, ob innerhalb der Neumitglieder auch in den letzten Jahren Unterschiede bestehen, oder ob es sich bei ihnen eher um eine homogene

Gruppe mit ähnlichen Hintergründen innerhalb der drei Untersuchungsbereiche handelt. Um den Bezug zur Gesamtpartei und die Vergleichbarkeit mit vorangegangenen Studien, die sich primär mit der Gesamtmitgliederstruktur auseinandersetzen, zu gewährleisten, wurden zudem die Mitglieder in den Befragungspool aufgenommen, die vor 2014 in die Partei eingetreten sind und ebenfalls eine Mailadresse bei der Partei hinterlegt haben.

Die Erhebung fand über ein Online-Formular in technischer Kooperation mit der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE statt, auf welches das Mitglied durch eine E-Mail der Bundesgeschäftsstelle verwiesen wurde. Inhaltliche Interventionen seitens der Partei und andere, die inhaltliche Konzeption betreffende Abstimmungen fanden nicht statt. Pretests wurden im Vorfeld mit mehreren verschiedenen innerparteilichen Gruppen geplant und durchgeführt, um Fehler zu minimieren.¹⁵

1.2 Forschungsstand

Parteimitglieder stellen seit vielen Jahren ein großes Forschungsfeld innerhalb der deutschen Parteienforschung dar.¹⁶ Überblickartige Zusammenfassungen bieten hierbei zunächst – und primär für die Bundesebene – allgemeinere Werke wie etwa das »Handbuch Parteienforschung«¹⁷ von Oskar Niedermayer, das »Handbuch der deutschen Parteien«¹⁸ von Frank Decker und Viola Neu sowie »Parteien – Parteiensysteme – Parteienforschung«¹⁹ von Uwe Andersen. Aufgrund ihres inhaltlichen Anspruchs, lediglich überblicksartiges Wissen zu vermitteln, skizzieren diese in eher kürzeren Abschnitten vorrangig einige wesentliche soziodemografische Merkmale von Parteimitgliedern.

Einen tieferen Einblick in statistische Kennwerte bietet hingegen die Publikation »Parteimitglieder in Deutschland«²⁰ von Oskar Niedermayer, welche im Jahreszyklus bei den Arbeitsheften des Otto-Stammer-Zentrums der Freien Universität Berlin erscheint. Neben Längsschnittdarstellungen zu den Mitgliederzahlen einzelner Parteien auf Bundes- und Landesebene sowie deren Rekrutierungsfähigkeit werden Bezüge zwischen soziodemografischen Merkmalen und verschiedenen Parteien hergestellt. So beschäftigt sich die Publikation etwa mit den Parteieintritten nach Altersgruppen oder der Repräsentation von Frauen und jüngeren Generationen. Auch Informationen zu Eintritten, Austritten und Todesfällen innerhalb der verschiedenen Parteien sind ein inhaltlicher Schwerpunkt, wobei diese sich auf die absoluten Zahlen beschränken und

15 Vgl. hierzu detailliert Kapitel 4.

16 Die Ausführungen zum Forschungsstand in diesem Abschnitt beziehen sich ausschließlich auf Arbeiten, die im akademisch-wissenschaftlichen Rahmen entstanden sind. Vernachlässigt werden demnach interne Umfragen, die von einzelnen Parteien selbst durchgeführt wurden und deren Methoden sich zwar an jenen der empirischen Sozialforschung orientieren, jedoch aufgrund fehlender Transparenz nicht auf die wissenschaftliche Belastbarkeit der Ergebnisse überprüft werden können.

17 Niedermayer 2013.

18 Decker/Neu 2007.

19 Andersen 2009.

20 Niedermayer 2019.

keine Auskunft über individuelle Motivationen geben. Dennoch stellt »Parteimitglieder in Deutschland« eine wichtige Orientierung zu Beginn empirischer Parteimitgliederstudien dar und ermöglicht im soziodemografischen Bereich parteiübergreifend vergleichende Betrachtungen.

Schließlich stellen die bereits erwähnten Arbeiten »Potsdamer Parteimitgliederstudie« von 1998 und die »Deutsche Parteimitgliederstudie 2009«, deren Ergebnisse 2011 im Werk »Parteimitglieder in Deutschland«²¹ umfassend veröffentlicht wurden, mit ihrem Fokus auf empirischer Sozialforschung den bisherigen Höhepunkt innerhalb der deutschen Parteimitgliederforschung dar. Neben dem angesprochenen Bezug zu Beitrittsmotivationen und politischen Einstellungen beschäftigen sich die Autoren mit Zufriedenheit und Erwartungshaltungen von Mitgliedern gegenüber ihren Parteien und der Frage, welche individuellen und gesellschaftlichen Gründe zum Parteiaustritt führen können. Daten für eine weitere bzw. dritte Fortschreibung der beiden Studien wurden 2017 für eine »Deutsche Parteimitgliederstudie 2017« erhoben. Trotz einzelner Veröffentlichungen, die sich auf den Datensatz der Studie beziehen²², fand eine umfassende Publikation, ähnlich Spier et al. 2011, jedoch noch nicht statt.²³

Eng verknüpft mit der Parteimitgliederforschung ist besonders in der Literatur des beginnenden 21. Jahrhunderts das Phänomen des Mitgliederschwunds, wobei sich sowohl die politische Theorie und Ideengeschichte als auch Vertreter der Systemlehre mit der eigentlichen Rolle von Mitgliedern innerhalb der Parteien sowie den Gründen für abnehmende Beitrittszahlen beschäftigen. Letzt genannte werden in der Wissenschaft weitestgehend als Problem in heutigen Parteiendemokratien aufgefasst. In Hubert Kleinerts »Abstieg der Parteiendemokratie«²⁴, Nicolai Doses »Warum schrumpfen Mitgliederparteien?«²⁵, Katharina Rohrbachs »Partizipation in politischen Parteien: Eine empirische Analyse des Parteibeitritts, der Aktivität und des Parteiaustritts«²⁶ und Oskar Niedermayers »Abkehr von Parteien?«²⁷ werden abnehmende Mitgliederzahlen u. a. als Folge einer Verlagerung von Kompetenzen nach Europa, den immer komplexer werdenden politischen Prozessen, fehlenden »großen Leitideen«²⁸ in Parteien sowie dem Wegbrechen traditioneller sozialer Milieus und einer generellen Politikverdrossenheit als eine Krise der Demokratie aufgefasst. Erst in den eingehenden 2010er Jahren befasste sich die Politikwissenschaft vermehrt mit möglichen Auswegen und Lösungen. Beispiele hierfür sind etwa »Die professionalisierte Mitgliederpartei«²⁹ von Sebastian Bukow

21 Spier et al. 2011.

22 Klein et al. 2019; Springer et al. 2021.

23 Das Forschungsprojekt »Deutsche Parteimitgliederstudie 2017 (PAMIS)« unter der Leitung von Markus Klein und dem 2017 verstorbenen Tim Spier bildet eine weitere, dritte Studie. Sie versteht sich als Fortschreibung der Studien von 1998 und 2009. Eine umfassende Publikation der Ergebnisse, ähnlich Spier et al. 2011, fand bisher jedoch nicht statt.

24 Kleinert 2007.

25 Dose 2012.

26 Rohrbach 2013.

27 Niedermayer 2013.

28 Kleinert 2007, S. 11.

29 Bukow 2013.

und »Zukunft der Mitgliederparteien«³⁰ von Oskar Niedermayer, in denen vor allem die Modernisierung von Parteien mittels neuer Kommunikationstechniken und einem stärkeren Fokus auf eine professionelle Parteispitze als möglicher Umgang mit dem Mitgliederschwund und Abkehr von der »vereinsartigen Mitgliederpartei«³¹ vorgeschlagen werden.³²

Erwähnt werden müssen weiterhin Arbeiten, die sich ebenso wie die beiden bereits mehrfach genannten gesamtdeutschen Parteimitgliederstudien mittels Methoden der empirischen Sozialforschung den Mitgliedern als statistische Merkmalsträger nähern. Deren Anzahl ist aus deutscher Sicht recht überschaubar und wie im Fall von »Parteien, Parteiliten und Mitglieder in einer Großstadt«³³ von Walter-Rogg/Gabriel aus dem Jahr 2004, die sich auf eine telefonische Umfrage unter Stuttgarter Parteimitgliedern stützen, oft auf kleinere Regionen begrenzt. Nur wenige weitere Arbeiten, etwa »Partizipation in politischen Parteien«³⁴ von Markus Klein aus dem Jahr 2006, beschäftigen sich mit dem gesamten Parteiensystem im bundesdeutschen Kontext.

Auf Länderebene findet sich ebenfalls nur eine geringe Zahl an Beispielen, bei denen empirische Methoden mit Bezug auf Parteimitglieder zur Anwendung kamen. Zu nennen sind »Neumitglieder im Visier: Das Rekrutierungsmanagement der politischen Nachwuchsorganisationen am Beispiel der NRW-Landesverbände«³⁵ von Alexander Stock aus dem Jahr 2008, »Parteien und Parteimitglieder in der Region. Sozialprofil, Einstellungen, innerparteiliches Leben und Wahlentscheidung in einem ostdeutschen Bundesland – Das Beispiel Sachsen-Anhalt«³⁶ von Boll/Holtmann und »Das Parteiensystem Sachsens«³⁷ von Algasinger/Patzelt. Häufiger als mit dem gesamten Parteienspektrum beschäftigen sich Studien hingegen ebenso wie die vorliegende Arbeit mit einzelnen Parteien, insbesondere der CDU³⁸ und SPD³⁹. Für die PDS/LINKE existiert bisher eine einzige größere akademische Studie von Michael Chrapa und Dietmar Wittich, die 2001 unter dem Titel »Die Mitgliedschaft, der große Lümmel: Forschungsbericht zur Mitgliederbefragung der PDS 2000«⁴⁰ erschien. Die bundesweite Befragung erfolgte postalisch mittels 5000 verschickten Fragebögen und beinhaltete neben der Erfassung von grundlegenden soziodemografischen Merkmalen und Einstellungen vorrangig eine parteiinterne Themenagenda zur Organisationsstruktur, Zufriedenheit mit der Parteimitgliedschaft und Erwartungen bezüglich des politischen Kurses. Ein umfassender Bezug auf Beitrittsmotivationen oder der fokussierte Blick

-
- 30 Niedermayer 2009.
 31 Bukow 2013, S. 250.
 32 Weitere Arbeiten: Biehl 2004; Biehl 2005; Mielke 2007; Schlönvoigt 2008; Niedermayer 2009; Burmester 2015; Kölln 2015; Niedermayer 2017.
 33 Walter-Rogg/Gabriel 2004.
 34 Klein 2006.
 35 Stock 2008.
 36 Boll/Holtmann 2001.
 37 Algasinger/Patzelt 1996.
 38 Falke 1982; Bürklin et al. 1997; Neu 2007.
 39 Butzlaff/Hambauer 2014.
 40 Chrapa/Wittich 2001.

auf Neumitglieder als Spiegel aktuellerer politischer Entwicklungsprozesse erfolgte hingegen nicht.

Ältere internationale Studien, die sich insbesondere mit der politischen Partizipation und der Bereitschaft, politischen Gruppierungen beizutreten, beschäftigen, finden sich insbesondere in der englischsprachigen Literatur nach dem Erscheinen der beiden Studien »Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments«⁴¹ von 1967 und »Participation in America. Political Democracy and Social Equality«⁴² von 1972, die erstmalig versuchten, Modelle zur Erklärung von Partizipation (Cleavagetheorie und Ressourcenmodell) zu erstellen und deren Inhalte in späteren Abschnitten der vorliegenden Arbeit näher beleuchtet werden. Eine einstellungsorientierte Herangehensweise zur Erklärung politischer Partizipation, basierend auf Politikinteresse und Political Efficacy, wurde des Weiteren von Fishbein/Ajzen ebenfalls 1972 veröffentlicht.⁴³ Diese berücksichtigt vornehmlich den politischen Sachverstand des Befragten⁴⁴ und dessen subjektives Gefühl, inwieweit das politische System offen für individuelle Partizipation ist. Spätere Studien, wie etwa »Labours Grass Roots. The Politics of Party Membership« (1992), »Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics«⁴⁵ (1995), und »Party Membership and Participation«⁴⁶ (2006) vertieften und ergänzten die eingangs erwähnten früheren Werke, etwa um den General-Incentives-Ansatz, einem Anreizmodell für Parteibeitritte, das ebenfalls eine Grundlage für die nachfolgenden Ausführungen in späteren Abschnitten dieser Arbeit darstellt.

Internationale Studien zu Parteimitgliedern wurden in einer Vielzahl von Ländern durchgeführt. Nur wenige beinhalten jedoch den internationalen Vergleich. Ein wichtiges aktuelles Beispiel hierfür, welches bereits an früherer Stelle in dieser Arbeit erwähnt wurde, stellt »Tomorrow's Leaders?: Understanding the Involvement of Young Party Members in Six European Democracies«⁴⁷ von Michael Bruter und Sarah Harrison dar. Diese beschäftigten sich im Speziellen mit jüngeren Parteimitgliedern in sechs europäischen Ländern und befragten diese nach ihren Erwartungshaltungen in Bezug auf die Mitgliedschaft sowie ihrer innerparteilichen Aktivität und Prioritäten. Ausgehend von den gewonnenen Erkenntnissen wurde ein dreidimensionales Modell bestehend aus einer professionellen (professional-minded), einer sozialen (social-minded) und einer moralischen (moral-minded) Orientierung erstellt, in das die Mitglieder eingeordnet und sowohl im nationalen als auch im europäischen Kontext miteinander verglichen werden konnten. Die Arbeit beinhaltete neben Einstellungsfragen auch motivationale Items, wie etwa die Frage nach dem Wunsch, ein Amt oder ein Mandat wahrzunehmen oder wie wichtig Freundschaften oder Verdienstmöglichkeiten innerhalb der Partei für den jeweiligen Befragten sind bzw. einen Anreiz darstellen.

41 Lipset/Rokkan 1967.

42 Nie/Verba 1972.

43 Fishbein/Ajzen 1972.

44 Aufgrund der besseren Lesbarkeit wird im Text das generische Maskulin verwendet. Gemeint sind jedoch immer alle Geschlechter.

45 Verba/Schlozmann 1995.

46 Heidar 2006.

47 Bruter/Harrison 2009.

Speziell linke, d.h. insbesondere links-außen Parteien werden etwa in Luke Marchs »Contemporary Far Left Parties in Europe«⁴⁸, Matteo Boldrini »What's Left? Far-left Parties Changing in Contemporary Europe«⁴⁹, »Out of left field? Explaining the variable electoral success of European radical left parties«⁵⁰ von March/Rommerskirchen oder »Support for radical left parties in Western Europe: social background, ideology and political orientations«⁵¹ von Luis Ramiro behandelt, wobei auch DIE LINKE in überwiegend vergleichenden Betrachtungen als deutsches Beispiel thematisiert wird. Die Rolle der Parteimitglieder bildet in diesen internationalen Vergleichsstudien jedoch einen Nebenschauplatz: So rücken die Forschungsanliegen primär elektorale Erfolgsbedingungen in den Fokus.

1.3 Aufbau

Inhaltlich ist die vorliegende Studie in zwei größere Teile – einen theoretisch-methodischen (Kap. 2 bis 4) und einen analytischen (Kap. 5 – Kap. 8) – gegliedert.

Der erste Teil stellt zunächst die Partei DIE LINKE vor. Er umfasst einen historischen Abriss bis 2019, einen Überblick über die Parteistruktur sowie die Mitgliederentwicklung in Zahlen. Im darauffolgenden Kapitel werden die theoretischen Grundlagen der Fragenkomplexe separat erläutert, wobei jeder Komplex mit einer Operationalisierung der Theorie im Fragebogen schließt.⁵² Ziel dieser Gliederung ist es, nach den einzelnen theoretischen Ausführungen einen unmittelbaren Bezug zur praktischen Umsetzung innerhalb der Befragung herzustellen und zu zeigen, in welcher Form die Theorie in das Erhebungsinstrument übertragen wurde. Diese Vorgehensweise veranschaulicht den Entwicklungsprozess jedes einzelnen Fragenkomplexes. Zwar erschließt sich die Forschungsfrage – einschließlich ihrer Unterfragen – weitestgehend durch ein exploratives Vorgehen, jedoch beinhaltet jeder theoretische Abschnitt eine Reihe von grundsätzlichen Hypothesen, die sich entweder aus dem Selbstverständnis der Partei DIE LINKE oder den Ergebnissen bisheriger Forschung zu Parteimitgliedern ableiten lassen.

Auf die theoretischen Grundlagen folgt die Retrospektive auf die empirische Durchführung der Befragung. Dabei stehen Evaluation von Vor- und Nachteilen einer schriftlichen Erhebung mittels Online-Fragebogen ebenso im Vordergrund wie die Vorstellung des genutzten Survey-Tools – SoSci Survey. Dieser Teil der Arbeit verfolgt das Ziel, die methodisch-technischen Grundlagen hinter der Mitgliederbefragung 2019 zu erörtern sowie etwaige Einflüsse der Erhebungsmethode auf die Befragungsergebnisse näher zu beleuchten. Die Auswertung der Pretests sowie die schrittweise Optimierung des ersten Konzepts bis hin zum fertigen Fragebogen stellen weitere Schwerpunkte des Kapi-

48 March 2008.

49 Boldrini 2018.

50 March/Rommerskirchen 2015.

51 Ramiro 2016.

52 Einige wenige Teile dieses Kapitels gehen inhaltlich auf die Abschlussarbeit des Verfassers zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts (M.A.) zurück (vgl. Scheibel 2017).

tels dar, ebenso die Bestimmung von Gewichtungsfaktoren. Der Abschnitt schließt mit einer Darstellung und Einordnung des Rücklaufs und der Abbruchquote.

Die nachfolgenden Kapitel widmen sich im zweiten, analytischen Teil der Auswertung des Datensatzes, wobei zunächst die ganzheitliche und deskriptive Ergebnisdarstellung der Fragenkomplexe im Vordergrund steht. Die Ergebnisse schaffen einen Gesamtüberblick über die bundesweite Mitgliederstruktur der LINKEN. Ein Schwerpunkt ist dabei etwa ebenfalls die Untersuchung der gesellschaftlichen Verwurzelung von LINKEN-Mitgliedern durch den Vergleich der Ergebnisse mit Bevölkerungsumfragen bzw. der soziodemografischen Struktur in der Bundesrepublik Deutschland sowie der Vergleich mit vorangegangenen Parteimitgliederstudien. Erweitert wird die Einzelauswertung an ausgewählten Stellen durch die Untersuchung komplexerer Zusammenhänge zwischen Einzelitems oder gar Befragungskomplexen. Mittels Clusteranalysen und weiteren statistischen Verfahren werden explorativ Korrelationen sowie Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf mehreren Untersuchungsebenen erschlossen.

Nach der statistischen Auswertung der Fragenkomplexe erfolgt am Ende der Arbeit die Einordnung der Ergebnisse in die Gesamtsituation, der sich DIE LINKE in den eingehenden 2020er Jahren gegenüber sieht. Dabei werden sowohl aktuelle Herausforderungen der Partei als auch mögliche Perspektiven erörtert.